

Fritz Schebeck

Gedämpfte mittelfristige Erwartungen für Österreich

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 1997

Dank lebhafter Bautätigkeit, stabilem Wachstum des privaten Konsums und stark steigenden Exporten nach Ost-Mitteleuropa konnte sich die österreichische Wirtschaft den Auswirkungen der Konjunkturabschwächung in den westlichen Industrieländern für geraume Zeit erfolgreich widersetzen. Erst gegen Ende des vergangenen Jahres geriet sie stärker in den Sog der Flaute in Westeuropa und der Rezession in Deutschland. Die effektive Aufwertung des Schillings infolge der Wechselkursanpassungen in Europa im Herbst 1992 beeinträchtigt die Wettbewerbsposition der Unternehmen im exponierten Sektor.

Die Prognose für die österreichische Wirtschaft¹⁾ über den Zeitraum 1993 bis 1997 stützt sich auf die Prognose der Weltwirtschaft (Schulmeister, 1993), sie berücksichtigt die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, und sie muß überdies Annahmen darüber treffen, wie die österreichischen Unternehmen die Herausforderung bewältigen werden, welche die fortschreitende Einbindung in die Integration Westeuropas und die Ostöffnung — diese Prozesse sind voneinander nicht völlig unabhängig — stellen.

Die wichtigsten Ergebnisse der Prognose sind: Das Wachstum des rea-

Angesichts verschlechterter Konjunkturaussichten in Westeuropa ist auch für Österreichs Wirtschaft in den kommenden fünf Jahren ein langsames Wachstum zu erwarten als in der Periode 1985/1992. Mit einer durchschnittlichen Zunahme des realen Brutto-Inlandsproduktes um 2,3% pro Jahr dürfte jedoch die Expansion in OECD-Europa (2,1%) leicht und in Westdeutschland (1,8%) deutlich übertroffen werden. Das Arbeitskräfteangebot verliert zwar an Dynamik, dürfte aber künftig kaum schwächer steigen als die Zahl der unselbständig Beschäftigten. Daher wird die Arbeitslosenquote voraussichtlich nicht unter 6½% sinken. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich allmählich etwas verringern und im Durchschnitt der Periode 1992/1997 3,3% pro Jahr betragen. Das erwartete Defizit der Leistungsbilanz dürfte bloß etwa 0,1% des Brutto-Inlandsproduktes ausmachen.

len Brutto-Inlandsproduktes wird sich 1993 gegenüber 1992 weiter verringern; es wird aber voraussichtlich — auch infolge der Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung zur Stützung von Nachfrage und Produktion — nicht so weit zurückgehen wie in OECD-Europa. Für Westdeutschland wird ein Schrumpfen der gesamtwirtschaftlichen Produktion erwartet. Mit der Erholung der Konjunktur in Westeuropa wird auch die österreichische Wirtschaft ab 1994

wieder eine Produktionsausweitung erreichen, die nahe an das Wachstum des Produktionspotentials herankommt. Im Durchschnitt der Periode 1993 bis 1997 wird eine reale Zunahme des BIP in Österreich um 2,3% pro Jahr erwartet. Das Wachstum in OECD-Europa (+2,1%) und in Westdeutschland (+1,8%) wird wegen der Belastungen aus der deutschen Wiedervereinigung jedoch voraussichtlich schwächer ausfallen. Dies bedeutet für die drei genannten Wirtschaftsräume (und besonders ausgeprägt für Westdeutschland) eine Wachstumsverlangsamung gegenüber dem Zeitraum 1985 bis 1992.

Die Zahl der unselbständig Beschäftigten (Summe der Wirtschaftsklassen, d. h. ohne Karenzurlaubenden und Präsenziener) wird im Durchschnitt um 0,7% pro Jahr und damit etwa halb so rasch zunehmen wie zwischen 1985 und 1992; die Arbeitslosenquote dürfte rund 6½%²⁾ (nach 5,5%) erreichen. Die Inflation wird mit 3,3% höher ausfallen als in der vorausgehenden Siebenjahresperiode (2,5%) — damals milderte der Erdölpreiserückgang im Jahre 1986 den Preisanstieg. Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht dürfte im Prognosezeitraum kaum gefährdet sein; das Leistungsbilanzdefizit wird im Durchschnitt etwa 0,1% des BIP ausmachen. Das Staatsdefizit (Netto-Schuldenaufnahme laut

¹⁾ Die Prognose wurde mit Hilfe des WIFO-Makromodells erstellt. Die Schätzperiode der Verhaltensgleichungen reicht bis 1992. Das Modell verwendet bis 1991 die publizierten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Österreichisches Statistisches Zentralamt, „Österreichs Volkseinkommen 1991“, Beiträge zur österreichischen Statistik, 1992 (1073)) und für 1992 die Ergebnisse der WIFO-Konjunkturprognose vom Dezember 1992, die allerdings teilweise infolge neuer Informationen modifiziert wurden.

²⁾ In dieser Prognose wird nur die traditionelle, auf der Arbeitsamtsstatistik beruhende Arbeitslosenquote (bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen) ausgewiesen. Die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales ab 1993 veröffentlichte Arbeitslosenquote, die sich auf den Mikrozensus und die gesamten Erwerbspersonen stützt, konnte in der Prognoserechnung nicht berücksichtigt werden (zur Neuberechnung siehe Butschek 1993).

Brutto-Inlandsprodukt

Übersicht 1

	Ø 1973/1979	Ø 1979/1985 Jährliche Veränderung in % real	Ø 1985/1992	Ø 1992/1997
Österreich	+ 29	+ 16	+ 29	+ 23
OECD insgesamt	+ 26	+ 21	+ 26	+ 26
OECD-Europa	+ 25	+ 15	+ 25	+ 21
EG	+ 25	+ 14	+ 25	+ 21
Westdeutschland	+ 23	+ 11	+ 29	+ 18

VGR) zeigt sinkende Tendenz. (In der Leistungsbilanz und im Staatsdefizit sind allerdings Transfers, die im Falle eines EG-Beitritts an die EG-Kassen zu leisten wären — etwa 15 bis 19 Mrd S pro Jahr — nicht berücksichtigt)

Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Die Grundlinien der Währungs- und Fiskalpolitik werden sich bis 1997 voraussichtlich nicht maßgeblich ändern. Jedoch muß mit der Teilnahme am EWR ein guter Teil des Rechtsbestands der EG in das österreichische Recht übernommen werden. Dies wird vor allem die wettbewerbspolitischen Rahmenbedingungen verändern. Ein EG-Beitritt wird weitere Anpassungen erfordern (vor allem die Einbindung in die Gemeinsame Agrarpolitik und weiters die Berücksichtigung des Stufenplans im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion). Im Hinblick auf die Teilnahme an der europäischen Integration (EWR, EG-Beitritt) sind bereits Gesetze, die den entsprechenden EG-Richtlinien Rechnung tragen, beschlossen worden, weitere sind in Vorbereitung.

Die Prognose antizipiert grundsätzlich nicht Auswirkungen von geplanten oder erwarteten Maßnahmen, für die es noch keine gesetzlichen oder vertraglichen Festlegungen gibt.

Vorausgesetzt wird, daß der Schilling bei nunmehr völlig liberalisiertem Devisen- und Kapitalverkehr eng an die DM gebunden bleibt. Die österreichischen Zinssätze können also nur wenig von den deutschen abweichen (Dies gilt nicht für Marktsegmente, in denen die Zinsarbitrage keine Rolle spielt, wie z B für Schilling-Direktkredite.) 1993 und auch 1994 ist mit weiteren Zinssenkungen zu rechnen.

Die Prognose unterstellt, daß die Fiskalpolitik des Bundes grundsätzlich auf Budgetkonsolidierungskurs bleibt. Das Erreichen der gesetzten Budgetziele wird sich allerdings verzögern, weil die Wachstumsabschwächung im Jahre 1993 automatische Stabilisatoren wirksam werden läßt, die das Defizit erhöhen.

Die Investitionen des Staates werden bis 1997 voraussichtlich im Durchschnitt um nominell 4% (real +1%) und der Sachaufwand um etwa 7% pro Jahr steigen. Der Sachaufwand enthält auch die Mieten für die zunehmend von privaten Bauträgern erstellten und von der öffentlichen Hand genutzten Bauten. Für die Subventionen wurde eine jährliche Steigerungsrate von 5% angenommen. Die Entwicklung der übrigen Einnahmen- und Ausgabenpositionen des Staates ist im Rahmen des WIFO-Modells im wesentlichen vom Wachstum der Nachfrage und der Einkommen abhängig. Das Staatsdefizit (Netto-Schuldenaufnahme im Sinne der VGR) würde im Laufe der nächsten fünf Jahre von rund 2% des BIP auf etwa 1% sinken. Freilich ist hinzuzufügen, daß Einnahmehausfälle aufgrund der Steuerreform 1994 und infolge einer Anpassung der Mehrwertsteuersätze sowie Transfers an die EG-Kassen dieses Ergebnis erheblich verändern würden.

Westintegration und Ostöffnung

Westintegration und Ostöffnung verlangen von der österreichischen Wirtschaft tiefgreifende und rasche Strukturanpassungen — vielleicht die stärksten seit der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg. Während die Westintegration die Fortsetzung, Intensivierung und Erweiterung eines seit längerer Zeit laufenden wirtschaftlichen Liberalisierungsprozesses ist, auf den man sich einstel-

len konnte, traf das Auftreten der Konkurrenz aus den Oststaaten die österreichischen Unternehmen unvermittelt.

Über die Auswirkungen der Westintegration (EWR, EG-Beitritt) gibt es seit geraumer Zeit eine Reihe von Studien (z B Breuss — Schebeck, 1991). Demnach werden sich eine Teilnahme am EWR und ein EG-Beitritt gesamtwirtschaftlich als vorteilhaft erweisen. Gleichwohl werden einzelnen Wirtschaftssektoren — vor allem der Landwirtschaft — bei einem EG-Beitritt Nachteile erwachsen. Bisher geschützte Bereiche der österreichischen Wirtschaft werden sich dann verstärktem Wettbewerb stellen müssen.

Studien, die sich mit den Auswirkungen der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft befassen, liegen erst seit wenigen Monaten vor. Gefährdungen und Chancen, die aus der Ostöffnung resultieren, sind unter der Prämisse zu beurteilen, daß die westlichen Märkte für die Produkte dieser Länder grundsätzlich offen sind (Geschähe dies nicht, drohte die Gefahr wirtschaftlicher und politischer Krisen in den Oststaaten verbunden mit Migrationen größeren Ausmaßes).

Ein Versuch, mittels Modellschätzungen Effekte auf die Beschäftigung zu quantifizieren, zeigt folgendes Ergebnis (Kramer — Peneder — Stankovsky, 1993): Durch die wachsende Konkurrenz aus diesen Ländern, sowohl auf dem österreichischen Markt als auch auf allen ausländischen Märkten, werden mittelfristig (d h. ab 1992 in drei bis fünf Jahren) in Österreich rund 50 000 Arbeitsplätze verlorengehen. Davon entfallen rund 40 000 auf die Industrie. Die Betroffenheit wird sehr stark nach Produkten, Industriezweigen, Regionen und Unternehmen streuen.

Hingegen ist zu erwarten, daß sich österreichischen Produkten vermehrte Marktchancen bieten, die, ebenfalls mittelfristig, zusätzlich 60 000 bis 65 000 Arbeitsplätze schaffen werden. Österreich wird also per Saldo Nutznießer der Ostöffnung sein.

Das Ergebnis einer Unternehmerbefragung über die Bewertung der Ostöffnung deutet in die gleiche Richtung (Geldner — Peneder — Stankovsky, 1993, S 63): Die Ostöffnung erzeugt

einen erheblichen Anpassungsdruck auf die österreichische Industrie, „der aber vom überwiegenden Teil der Firmen als bewältigbar und per Saldo positiv gesehen wird“.

Auch die Erfahrung aus der Vergangenheit lehrt, daß die österreichische Wirtschaft auf Liberalisierungsschritte mit innovativer Stärke reagiert und diese Herausforderungen mit Gewinn an gesamtwirtschaftlichem Nutzen bewältigt hat

Aus strukturpolitischer Sicht ist der Anpassungsbedarf an den verstärkten Wettbewerb im Binnenmarkt einerseits und aufgrund der Ostöffnung andererseits nicht zu trennen (Kramer — Peneder — Stankovsky, 1993). Zusammenhänge ergeben sich u. a. aus den Konsequenzen der EG-Handelspolitik gegenüber den Staaten Osteuropas für die EFTA-Länder (z. B. Diskriminierung österreichischer Produzenten durch die Europa-Verträge der EG mit Oststaaten, Bedrohung österreichischer Erzeugnisse sowohl auf dem Inlandsmarkt als auch auf dem Binnenmarkt), aus der Kumulierung von Problemen in den Bereichen Transitverkehr und Umwelt

Geboten sind offensive unternehmerische und strukturpolitische Strategien, und zwar in Richtung Höherentwicklung, Höherverarbeitung, Höherqualifikation (Förderung des Faktors Humankapital, verstärkte Forschungs- und Innovationsanstrengungen³⁾, Internationalisierung der Unternehmen, Strukturpolitik als Standortpolitik im Sinne der Schaffung international attraktiver Standorte, Förderung der Risikokapitalbildung, steuerliche Unterstützung strukturpolitischer Ziele

Außenwirtschaft

1993 wird für den österreichischen Export ein schwieriges Jahr. In Deutschland, dessen Anteil an der österreichischen Warenausfuhr in letzter Zeit nahezu 40% erreichte, schrumpft die Wirtschaft. Die Wechselkursanpassungen in Europa haben überdies die Wettbewerbsposi-

Leistungsbilanz

Übersicht 2

	Ø 1973/1979	Ø 1979/1985	Ø 1985/1992	Ø 1992/1997
	Jährliche Veränderung in %			
Warenexporte ¹⁾				
Real	+ 8,8	+ 6,0	+ 5,2	+ 5,6
Nominal	+12,5	+ 9,4	+ 4,9	+ 8,2
Deviseneingänge Reiseverkehr				
Real	+ 0,9	+ 0,3	+ 4,9	+ 2,6
Nominal	+ 8,2	+ 5,6	+ 7,7	+ 6,1
Warenimporte ¹⁾				
Real	+ 5,4	+ 3,4	+ 5,7	+ 5,4
Nominal	+11,8	+ 8,1	+ 4,8	+ 8,0
Devisenausgänge Reiseverkehr				
Real	+ 9,1	+ 1,4	+ 5,2	+ 2,6
Nominal	+14,8	+ 6,0	+ 7,7	+ 6,2
Handelsbilanz ¹⁾				
Mrd S ...	-52,3	-77,3	-85,0	-125,7
In % des BIP	- 6,9	- 6,6	- 5,0	- 5,2
Leistungsbilanz				
Mrd S ...	-11,1	- 6,3	+ 1,7	- 2,6
In % des BIP	- 1,5	- 0,5	+ 0,1	- 0,1

¹⁾ Laut Außenhandelsstatistik

tion Österreichs verschlechtert. Zu erwarten sind wachsende Exporte in die Staaten Ost-Mitteleuropas (die Ausweitung wird nicht mehr so stark wie im Vorjahr sein) und nach Übersee. Die Maßnahmen zur Exportförderung im Rahmen des Konjunkturbelebungsprogramms dürften Exporte in bestimmte Länder stimulieren. Mit der Konjunkturerholung in Westeuropa und in Deutschland werden die Exporte ab 1994 real um etwa 6½% pro Jahr zunehmen. Dabei wird unterstellt, daß Einbußen an Wettbewerbsfähigkeit in kurzer Zeit überwunden werden können. Im weiteren Verlauf der Prognoseperiode wird auch die Ausfuhr in die Oststaaten an Bedeutung gewinnen.

Die Warenimporte dürften im Durchschnitt des Fünfjahreszeitraums real etwa gleich stark expandieren wie die Exporte.

Export- und Importpreise werden sich voraussichtlich gleichschrittig erhöhen (im Durchschnitt um rund 2½%).

Die Nachfrageschwäche im Ausland und Wechselkursnachteile werden die realen Reiseverkehreinnahmen 1993 annähernd stagnieren lassen. Danach sind Zuwachsraten von rund 3½% zu erwarten; diese dürften wegen struktureller Vorteile Österreichs (modernes Angebot, hohe Umweltqualität, günstige geographische Lage)

etwas höher sein, als der durchschnittlichen Expansion im internationalen europäischen Reiseverkehr entspricht (Smeral, 1992, S. 84f).

Das Defizit der Handelsbilanz wird 5,2% des BIP betragen, etwa gleich viel wie in der Periode 1985 bis 1992. Die Leistungsbilanz dürfte im Durchschnitt der Prognoseperiode ein Defizit von etwa 0,1% des BIP ausweisen.

Die für die Nachfrage der privaten Haushalte maßgebenden verfügbaren Einkommen (netto) werden in der laufenden Fünfjahresperiode bereinigt um die Inflationsrate im Durchschnitt um 2,2% zunehmen. Etwas stärker dürfte mit +2,5% der private Konsum

Privater Konsum und Investitionen

ausgeweitet werden, sodaß die Sparquote von 12,5% im Jahre 1992 auf 11,3% 1997 zurückgehen wird.

Wie sich die Erhöhung der Kapitalertragsteuer auf Zinsen auf den privaten Konsum auswirken wird, ist im voraus kaum abzuschätzen. Dabei sind zwei Effekte im Spiel: der Substitutionseffekt (eine Senkung der Nettoszinsen bewirkt eine Erhöhung des Konsums in der Gegenwart zu Lasten künftigen Konsums) und der Einkommenseffekt (niedrigere Nettoszinsen

³⁾ Wie der Technologie- und Innovationstest 1990 des WIFO (Leo — Palme — Volk, 1992, S. 104) zeigt, hat sich seit 1985 der Anteil der Industriebetriebe mit Produktinnovationen von 48% auf 54% erhöht. Der Innovationsprozeß ist forschungsintensiver geworden: Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben an den gesamten Innovationsaufwendungen stieg um 10 Prozentpunkte auf 38% und am Umsatz von 2,7% (1985) auf 3,1% (1990).

Komponenten der realen Nachfrage

Übersicht 3

	Ø 1973/1979	Ø 1979/1985	Ø 1985/1992	Ø 1992/1997
	Jährliche Veränderung in %			
Privater Konsum	+3,2	+1,7	+2,9	+2,5
Öffentlicher Konsum	+3,9	+1,9	+1,3	+1,7
Brutto-Anlageinvestitionen	+1,1	-0,1	+4,6	+3,0
„Privater“ Sektor	+1,0	+0,2	+5,1	+3,3
Inländische Endnachfrage	+2,8	+1,3	+3,0	+2,5
Lagerveränderung und Statistische Differenz Mrd S	7,5	9,1	14,9	18,4
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	+2,7	+1,3	+3,1	+2,5
Exporte i w S	+7,0	+4,8	+5,5	+4,7
Importe i w S	+6,0	+3,9	+6,0	+5,0
Brutto-Inlandsprodukt	+2,9	+1,6	+2,9	+2,3
Nominell	+9,1	+6,6	+6,1	+5,9

senken das Einkommen und somit den Konsum) In dem Ausmaß, wie der Substitutionseffekt den Einkommenseffekt dominiert, wäre die Neuregelung der Kapitalertragsteuer zunächst konsumstimulierend (und vice versa)

Mögliche Auswirkungen der für 1994 geplanten Steuerreform sind in der vorliegenden Prognose nicht berücksichtigt. Unter vereinfachenden Annahmen kann man durch eine Modellsimulation grobe Vorstellungen solcher Effekte gewinnen. Es sei zum Beispiel unterstellt, daß die Reform den privaten Haushalten insgesamt eine Steuerentlastung von 10 Mrd. S im Jahr bringt. Über den Progressionsverlauf werden keine spezifischen neuen Annahmen getroffen. Nach drei Jahren wäre dann das Niveau des realen privaten Konsums um 0,7% höher. Akzeleratorwirkungen erhöhten die Brutto-Anlageinvestitionen um 0,4%. Bei gegebener Elastizität der Importe gemäß der Importgleichung würde rund die Hälfte der zusätzlichen inländischen Endnachfrage wieder ins Ausland abfließen (die Importe wären nach drei Jahren real um 1/2% höher). Das Brutto-Inlandsprodukt würde daher real um nur rund 1/4% größer sein, und es könnten um rund 3 000 Personen (+0,1%) mehr beschäftigt werden. Im Staatshaushalt würde das Defizit ceteris paribus etwas stärker steigen, als dem Einnahmenausfall an direkten Steuern der privaten Haushalte entspricht, weil die zusätzlich zu erzielenden indirekten Steuern von den vermehrten Zinsaufwendungen für die wachsende Staatsschuld übertroffen werden.

Nach dem jüngsten Investitionstest des WIFO droht im Jahre 1993 ein Investitionseinbruch in der Industrie, der seine Ursachen in deutlich rückläufigem Cash-flow, hohen Fremdfinanzierungskosten und im Nachlassen der Nachfrage insbesondere aus Deutschland hat. Für die Ausrüstungsinvestitionen insgesamt ist ebenfalls mit einem Rückgang zu rechnen, der allerdings durch einen Vorzieheffekt, hervorgerufen durch die temporäre Erhöhung des Investitionsfreibetrags¹⁾, gemildert werden dürfte. Vorgezogen werden dürften eher Ausrüstungsinvestitionen denn Bauinvestitionen. Ausrüstungsinvestitionen haben jedoch einen höheren Importanteil, sodaß ein entsprechender Abschlag für die Wirkung auf die inländische Wertschöpfung zu machen ist.

Auch die Bauinvestitionen verlieren nach einem Boom von fast drei Jahren an Dynamik. Während sich der Wohnungsneubau weiterhin gut entwickelt, zeigen der Büro- und Wirtschaftsbau sowie der Tiefbau Schwächen. Das Konjunkturbelebungsprogramm der Bundesregierung sieht auch für den Bausektor stimulierende Maßnahmen vor. Die erwartete Entwicklung der Bauinvestitionen dürfte ausreichen, um einen Rückgang der Brutto-Anlageinvestitionen zu verhindern.

Voraussichtlich wird die Investitionsschwäche nur von kurzer Dauer sein. Ab 1994 wird eine Belebung der Investitionstätigkeit, vor allem im Ausrüstungsbereich, erwartet. Sie wird getragen sein von erhöhten Absatz Erwartungen und von den Struktur Anpassungen, die durch den EWR und die neue Konkurrenz aus dem Osten notwendig sind. Das Volumen der Brutto-Anlageinvestitionen wird bis 1997 im Durchschnitt um rund 3% pro Jahr zunehmen (1985/1992 +4,6%). Darüber hinaus ist damit zu rechnen, daß österreichische Unternehmen im Zuge der Strukturanpassung und Internationalisierung auch ihre Investitionen im westlichen und besonders im östlichen Ausland steigern.

Immigrationspolitik, Kontingente für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte und nachlassende Nachfra-

Arbeitsmarkt, Einkommen

Übersicht 4

	Ø 1973/1979	Ø 1979/1985	Ø 1985/1992	Ø 1992/1997
	Jährliche Veränderung in %			
Unselbständig Beschäftigte	+ 1,1	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,7
Ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karenzurlaubsgeld	+ 1,1	+ 0,0	+ 1,3	+ 0,7
„Privater“ Sektor	+ 0,5	- 0,6	+ 1,0	+ 0,4
Arbeitslose	+10,4	+16,2	+ 4,8	+ 2,8
Arbeitslosenquote	in % 19	3,6	5,5	6,6
Arbeitsproduktivität ¹⁾	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6
„Privater“ Sektor	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0
Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme	+11,0	+ 6,0	+ 6,2	+ 6,0
Unternehmereinkommen und unverteilte Gewinne	+ 7,9	+ 7,8	+ 7,1	+ 6,6
Lohnsumme je Beschäftigten	+ 9,2	+ 5,7	+ 4,8	+ 5,2
Öffentlicher Sektor	+ 8,6	+ 5,2	+ 3,5	+ 4,7
„Privater“ Sektor	+10,1	+ 6,3	+ 5,2	+ 5,5
Lohnstückkosten im „privaten“ Sektor	+ 7,7	+ 4,1	+ 3,1	+ 3,4
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+10,5	+ 6,6	+ 6,2	+ 5,5
Sparquote	in % 100	8,9	12,4	11,6

¹⁾ Produktion je unselbständig Beschäftigten (ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karenzurlaubsgeld)

¹⁾ Der Investitionsfreibetrag wird von 1. Februar 1993 bis 31. März 1994 von 20% auf 30% erhöht, dann für den Rest des Jahres 1994 auf 15% gesenkt und 1995 wieder auf 20% zurückgeführt.

ge verlangsamten den Zuwachs des Angebotes an Arbeitskräften. Der weitere Rückgang des Wirtschaftswachstums, der mit einer sehr gerin-

Nachhaltiger Anstieg der Arbeitslosigkeit

gen Ausweitung der Beschäftigung einhergeht, wird 1993 dennoch die Arbeitslosigkeit sprunghaft steigen lassen. Eine Erhöhung der Arbeitslosenquote von 5,9% im Jahre 1992 auf gut 6½% ist nicht auszuschließen

Das Angebot billiger Arbeitskräfte und in der Folge die nachlassende Dynamik der Produktion haben in den Jahren 1991 bis 1993 das Wachstum der Arbeitsproduktivität deutlich (auf etwa die Hälfte der Rate der vorangehenden Jahre) gedämpft. Ab 1994 dürfte sich die Produktivität je unselbständig Beschäftigten wieder in früher üblichem Ausmaß verbessern (um etwa 2% pro Jahr). Dies ist vor allem deshalb zu erwarten, weil die notwendigen Strukturanpassungen produktivitätssteigernd wirken sollten. Auch die Zahl der unselbständig Beschäftigten wird dann wieder um nahezu 1% pro Jahr zunehmen

Die Prognose der Entwicklung der Arbeitslosigkeit hängt von den Annahmen über das Angebot an Arbeitskräften ab. 1993 dürfte es um 1,1% wachsen. Unterstellt man für die folgenden Jahre, daß mit dem Erstarken der Nachfrage auch wieder mehr Arbeitskräfte aus dem Ausland auf dem österreichischen Arbeitsmarkt auftreten, dann könnten Nachfrage und Angebot etwa im Gleichschritt wachsen (Aufgrund der demographischen Entwicklung allein würde das Angebot langsamer zunehmen). Das würde bedeuten, daß die Arbeitslosenquote etwa auf dem 1993 erreichten Niveau verharrt. Eine erhebliche Starrheit der Arbeitslosigkeit im Konjunkturaufschwung ist ein Phänomen, das im Grunde seit Anfang der achtziger Jahre zu beobachten ist.

Die Struktur der Arbeitslosigkeit hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Während die Jugendarbeitslosigkeit seit 1987 zurückgegangen ist, hat sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen (mehr als sechs Monate ohne Arbeit) und der Schwerver-

Deflatoren

Übersicht 5

	Ø 1973/1979	Ø 1979/1985	Ø 1985/1992	Ø 1992/1997
	Jährliche Veränderung in %			
Privater Konsum	+6,4	+5,4	+2,5	+3,3
Öffentlicher Konsum	+8,3	+5,4	+4,3	+4,7
Brutto-Anlageinvestitionen	+5,7	+4,7	+2,9	+2,9
Exporte i w S	+4,7	+4,0	+0,6	+2,7
Waren ¹⁾ . . .	+3,4	+3,3	-0,3	+2,5
Reiseverkehr	+7,2	+5,3	+2,6	+3,4
Importe i w S	+6,1	+4,7	-0,2	+2,5
Waren ¹⁾ . . .	+6,1	+4,5	-0,9	+2,4
Reiseverkehr	+5,1	+4,5	+2,4	+3,5
Brutto-Inlandsprodukt	+6,1	+4,9	+3,1	+3,5
Terms of Trade				
Waren und Dienstleistungen	-1,3	-0,6	+0,8	+0,1
Warenverkehr ¹⁾	-2,6	-1,2	+0,6	+0,1

¹⁾ Laut Außenhandelsstatistik

mittelbaren von 47% auf 56% erhöht, wobei der Anteil älterer Arbeitskräfte stark zugenommen hat. Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit dürfte diese Strukturverschiebung noch verstärken.

Löhne und Preise

Für den Prognosezeitraum wurde angenommen, daß, trotz hoher Arbeitslosenzahlen, die Entwicklung der Brutto-Reallohne nicht weit vom Wachstum der Arbeitsproduktivität abweicht. Dafür spricht, daß mit der Strukturanpassung auch der verstärkte Einsatz Höherqualifizierter zu Lasten schlechter ausgebildeter Arbeitskräfte verbunden sein wird. Im Durchschnitt der laufenden Fünfjahresperiode wird sich die Lohnsumme je Beschäftigten um 5,2% pro Jahr erhöhen. Die bereinigte Lohnquote wird nach 1993 etwas sinken, nachdem sie in den Jahren davor gestiegen ist.

Österreich hat in letzter Zeit seinen Platz unter den preisstabilsten Ländern eingebüßt. Es fiel seit 1990 vom 6. auf den 17. Rang (1992) von 24 OECD-Staaten zurück. Die Anhebung der Mineralölsteuer Anfang 1992 sowie die Verteuerung von Wohnungsmieten und von Dienstleistungen im geschützten Sektor der Wirtschaft trugen hauptsächlich zu dieser Entwicklung bei. Der Wegfall des Effekts der Mineralölsteuererhöhung, die schwache Gesamtnachfrage und die Wertsteigerung des Schillings werden 1993 die Inflationsrate auf un-

ter 3½% sinken lassen (nach 4,1% im Jahre 1992). In den folgenden Jahren dürfte die Teuerungsrate nur noch unbedeutend zurückgehen, weil weder aus dem Ausland noch aus dem Inland signifikante preisdämpfende Einflüsse zu erwarten sind. Mit einem EG-Beitritt könnte dann etwas mehr Druck auf die Preise ausgeübt werden.

Literaturhinweise

- Breuss F, Schebeck F. Österreich im EWR. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen. WIFO-Monatsberichte 1991 64(5) S 285
- Butschek, F. „Zur Neuberechnung der Arbeitslosenquote“ in diesem Heft
- Geldner N, Peneder M, Stankovsky J. Freihandelsabkommen, Unternehmerbefragung, Kostenvergleich* in Aiginger K (Koordination) Chancen und Gefährdungspotentiale der Ostöffnung: Konsequenzen für die österreichische Wirtschaft Teil 2. Studie des WIFO im Auftrag der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten Wien 1993
- Kramer H, Peneder, M, Stankovsky J. „Problemstellung und theoretische Betroffenheit“, in Aiginger K (Koordination) Chancen und Gefährdungspotentiale der Ostöffnung: Konsequenzen für die österreichische Wirtschaft Teil 1. Studie des WIFO im Auftrag der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten Wien 1993
- Leo H, Palme, G, Volk E. Die Innovationstätigkeit der österreichischen Industrie. Technologie- und Innovationstest 1990. WIFO Wien 1992
- Schulmeister, St. „Rezession in Deutschland verschlechtert die Wachstumsaussichten für Westeuropa. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 1997“ in diesem Heft
- Smerai E. Bericht über die Lage der Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Österreich 1992. Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten Wien 1992